

## **POSTULAT**

### **Landrat Thomas Arnold, Flüelen, zur Gründung eines interdisziplinären Forschungsinstitutes für die Prävention und Verhinderung von Umweltkatastrophen im Alpengebiet**

Mit dem vorliegenden Postulat, das am 8. November 2000 eingereicht und begründet wurde, wird der Regierungsrat eingeladen, sich zu zwei Aspekten bezüglich "Umweltkatastrophen im Alpengebiet" zu äussern.

- a) Zur Frage betr. Gründung eines diesbezüglichen interdisziplinären Forschungsinstituts (Aspekt der Sicherheits- und Risikoproblematik) und
- b) zur Standortfrage eines solchen Instituts in unserem Kanton (Aspekt der kantonalen Sach- und Fachkompetenz und der Wirtschaftsförderung).

Der Regierungsrat nimmt hiezu wie folgt Stellung:

#### **1. Ausgangslage**

Unbestrittenermassen haben sich in den letzten Jahren Umweltkatastrophen sowohl weltweit, wie auch im Alpengebiet gehäuft. Die festgestellte Klimaveränderung und die damit einhergehenden meteorologischen Änderungen der Jahreszeiten macht das gesamte Alpengebiet, das aus acht Nationen mit ca. elf Mio. Menschen besteht und rund 200'000 km<sup>2</sup> umfasst, in besonderer Weise verwundbar. Auch der Kanton Uri wurde in den letzten Jahrzehnten wiederholt von Unwetterereignissen betroffen. Es liegt daher auf der Hand, dass der Regierungsrat alles Interesse daran hat, diesbezügliche Ursachenforschung und Präventionsarbeiten generell zu unterstützen. Dabei geht es sowohl um den Erhalt des Alpengebietes als Lebensraum, aber auch um die Sicherung der alpenquerenden Durchgangsrouten Gotthard.

#### **2. Notwendigkeit eines interdisziplinären Forschungsinstituts für Prävention und Verhinderung von Umweltkatastrophen im Alpengebiet**

In den letzten Jahren haben sich vermehrt verschiedene Institutionen mit der Thematik Umweltkatastrophen auseinandergesetzt. Auf eine diesbezügliche Motion von alt Ständerat Hans Darioth hat der Bundesrat u. a. geantwortet, dass mit dem 1996 an der ETH in Zürich geschaffenen Kompetenzzentrum CENAT die Voraussetzungen gegeben seien, dass die interdisziplinäre Erforschung von Naturgefahren stattfindet. Neben verschiedenen Universitäten, dem Eidg. Institut für Schnee- und Lawinenforschung, verschiedenen nationalen Forschungsprogrammen, einschlägigen Pilotprojekten usw. hat der Bund 1997 eine ausserparlamentarische Kommission als nationale Plattform "Naturgefahren" - kurz PLANAT - im Sinne einer Dachorganisation ins

Leben gerufen. Auch wurde ein Monitoring alpenquerender Transitverkehr seitens der Zentralschweizer Umweltschutzdirektoren bei Interreg III als Projektidee angemeldet.

Diese Wahrnehmung von Forschungen bezüglich Umweltkatastrophen u. a. auch das Alpengebiet betreffend, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dem Aspekt der Gewährleistung des internationalen Verkehrs (u. a. auch Tunnelsicherheit) eine ganz neue Sicherheitsdimension aktuell geworden ist. Diese Perspektive betrifft zwar das gesamte Alpengebiet, gibt jedoch dem Gotthard ein besonderes Gewicht, weil es sich um die kürzeste Transitachse Nord/Süd handelt.

### **3. Standort Kanton Uri**

Der Kanton Uri zeichnet sich aufgrund seiner Lage dafür aus, dass hier seit Menschengedenken die Unbill der Natur in den Alpen beobachtet wird. Die klimatische Situation des Gotthardgebietes zusammen mit dem Reusstal stellt eine interessante Kombination dar, was sich auf die Sach- und Fachkompetenz verschiedenster Sachbearbeitungen auswirkt. Die internationale Durchgangsrouten "Gotthard" prädestiniert den Kanton Uri zur Mitarbeit für Verkehrsfragen generell und für die Sicherheitspolitik im speziellen. So interessiert sich der Kanton Uri nicht nur für ein Kompetenzzentrum für Schwerverkehrsfragen, sondern auch als Standort für ein Institut für technische Sicherheit (IST). Die bisher in unserem Kanton gewonnenen Erkenntnisse und die stete Auseinandersetzung mit Naturgewalten und Naturgefahren, und neuerdings aktuell mit diversen Verkehrsfragen, lassen in Anbetracht der neuen Sicherheitsproblematik unseren Kanton als geeignet erscheinen, sich für einen "Verkehrs-Cluster Uri" einzusetzen. Dies könnte zukunftsweisend auch volkswirtschaftliche Vorteile für den Kanton Uri bringen.

### **4. Weiteres Vorgehen**

Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 19. Oktober 1999 eine verwaltungsinterne Kommission "Naturgefahren" eingesetzt, die sich mit der in Rede stehenden Problematik zwar ganzheitlich - bis dato jedoch raumwirksam eher auf den Kanton Uri bezogen - zu befassen hat. Diese Kommission, die eine ausgezeichnete Fachkompetenz aufweist, besitzt Verbindungen zu schweizerischen Gremien und kennt die Netzwerke, die sich mit Umweltkatastrophen im Alpengebiet befassen.

Der Regierungsrat sieht vor - sofern das Postulat überwiesen wird - diese Kommission mit weiteren Fachleuten (evtl. Verkehrs-, Umwelt- und Sicherheitsexperten) aus der Verwaltung und der Wirtschaft personell zu ergänzen. Ebenfalls wird der Auftrag im Sinne der Anliegen des Postulanten neu formuliert. Dadurch wird gewährleistet, dass bestehende Sach- und Fachkompe-

tenz genutzt und mit neuen Fragestellungen konfrontiert, längerfristig zu einem positiven Resultat führt.

Im Weiteren ist zu bemerken, dass der Bundesrat in seinen Zielen für das Jahr 2001 bekanntgegeben hat, er werde noch in diesem Jahr ein Vernehmlassungsverfahren zu den gesetzlichen Grundlagen für die Schaffung des Instituts für technische Sicherheit (ITS) eröffnen. Dieses Institut soll in erster Linie sicherheitsrelevante Aufgaben wahrnehmen, soweit sie von einer staatlichen Stelle erfüllt werden müssen, was insbesondere die Festlegung des Sicherheitsniveaus und dessen Überwachung betrifft. Der Regierungsrat hat dem Bund gegenüber bereits angemeldet, dass er sich als Standortkanton für dieses Institut interessiere. Er wird diese Angelegenheit zielstrebig und im gleichen Sinn verfolgen.

## **5. Schluss**

Zusammengefasst ist der Regierungsrat also bereit, den Anliegen des Postulanten Rechnung zu tragen. Er will die vorhandene Fachkompetenz nutzen und die Gründung eines Instituts mit den zuständigen Bundesbehörden prüfen. In diesem Sinn empfiehlt er dem Landrat, das Postulat zu überweisen.

6460 Altdorf, 5. Juni 2001

**Sicherheitsdirektion**

Peter Mattli, Regierungsrat